

Bündnis 90/Die Grünen Kreistagsfraktion Bergstraße

Wormser Straße 34, 64625 Bensheim
Tel: 06251-68385 Fax: 06251-68355
gruene.bergstrasse@t-online.de www.gruene-bergstrasse.de

Kreistagsbüro
Gräffstr. 5
64646 Heppenheim

Eingang Kreistagsbüro:
14.06.2010

Datum
14.06.2010

Betreff: **Änderungsanträge zum SEP zur Behandlung im Ausschuss für Schule und Soziales:**

„1. Der Kreisausschuss wird beauftragt zu prüfen, einen Verbundstudiengang „Erziehung und Bildung in der Kindheit“ an der Fachschule für Sozialpädagogik in Lampertheim aufzubauen. Der Schul- und Sozialausschuss und der Kreistag sind zeitnah über das Prüfergebnis zu informieren.“

Kurzbegründung:

Die Aufgabe der frühkindlichen Erziehung in der Kindheit hat seit Jahren einen hohen Stellenwert in der Bildungsdiskussion erfahren. Der relativ neue Verbundstudiengang „Erziehung und Bildung in der Kindheit“ trägt dieser Entwicklung Rechnung. Der Verbundstudiengang beginnt z. B. mit einer Ausbildung als Erzieher/Erzieherin an einer Fachschule und wird an einer Hochschule bzw. Fachhochschule beendet. In Hessen wird der Verbundstudiengang derzeit mindestens an der Evangelischen Fachhochschule in Darmstadt angeboten.

Am 7. Juni 2010 wurde dieser Vorschlag bereits von unserem Vertreter im Schul- und Sozialausschuss vorgetragen und fand die Unterstützung des Gutachters zum Schulentwicklungsplan.

„2. Der Kreisausschuss wird beauftragt im Herbst 2010 eine Fachtagung zum Thema „Inklusion muss Schule machen – Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention in Hessen“ im Kreis Bergstraße durchzuführen. Das staatliche Schulamt, Vertreter der Förderschulen, der Kreiselternbeirat; Vereinsvertreter von „Wir dabei!“ und „Sonnenkinder“ etc. und der Schul- und Sozialausschuss des Kreistags sind an der Fachtagung zu beteiligen.

U. a. folgende Fragen sollen Gegenstand dieser Fachtagung werden:

- > Die Zukunft der Förderschulen nach Umsetzung der UN-Konvention;
- > Erstellung eines Inklusionsplans für die Schulen des Kreises Bergstraße;
- > Durch welche konkreten Maßnahmen kann die Schülerzahl von Schülern mit Förderbedarf an den Regelschulen des Kreises Bergstraße erhöht werden ?
- > Zuweisung von Sonderpädagogen und Schulsozialarbeiter durch das Land hessen;

„Wir beantragen die Verweisung des Punktes 2 zur Beratung welche weiteren inhaltlichen Schwerpunkte auf der Fachtagung behandelt werden sollen in den Schul- und Sozialausschuss.

„3. Der Kreisausschuss wird beauftragt nach der Fachtagung zum Thema „Inklusion muss Schule machen – Umsetzung der UN-Behindertenrechts-konvention in Hessen“ einen Inklusionsplan für die Schulen des Kreises Bergstraße unter Beteiligung des Kreiselternebeirates und Vereinsvertreter von "Wir dabei!" und "Sonnenkinder" etc. zu erstellen.“

„4. Der Kreisausschuss wird beauftragt, ein Konzept für die Umsetzung einer Profiloberstufe in Fürth zu erarbeiten und den Kreisgremien zur Beschlussfassung vorzulegen. Bei der Erarbeitung des Konzeptes sind die Schulleitung und die Schulgemeinde zu beteiligen.“

Kurzbegründung:

Der Wunsch vieler Eltern auf Einrichtung einer Profiloberstufe im Weschnitztal spielte bereits bei der Entscheidung über den letzten Schulentwicklungsplan eine wichtige Rolle. Die Heinrich-Böll-Schule in Fürth hat einen Antrag auf Einrichtung einer Profiloberstufe gestellt.

Die Einrichtung von verschiedenen schulischen Angeboten ist ein bedeutender Standortfaktor für die Kommunen, Eltern, Schüler und für Firmen. Die schulischen Angebote müssen im Kreis besser verteilt werden. Aus den Zahlen im Schulentwicklungsplan geht sehr deutlich hervor, dass der Kreis Bergstraße bei den berufsbildenden Schulen deutlich unterversorgt ist.

„5. Der Kreistag des Kreises Bergstraße spricht sich für die Umwandlung aller Abschlussklassen der Hauptschulen in SchuB-Klassen (Schule und Beruf) aus. Die Hessische Landesregierung wird aufgefordert, mit finanzieller Unterstützung der Bundesregierung, die personellen Ressourcen in Form von Lehrkräften und Sozialarbeitern zur Verfügung zu stellen.“

Kurzbegründung:

Mit den kleinen Klassen und der sozialpädagogischen Betreuung in den SchuB-Klassen erreichen wir, dass fast alle Hauptschüler ihren Abschluss schaffen. Das SchuB-Modell hat

den Praxistest längst bestanden. Nun will die Bundesregierung mit einer Reihe von Maßnahmen und finanzieller Unterstützung die mangelnde Ausbildungsreife vieler Jugendlicher verbessern und dafür sorgen, dass die Hauptschüler, die die Hauptschule ohne Abschluss verlassen, reduziert wird.

„6. Der Kreistag fordert die hessische Kultusministerin Henzler auf, die Zusagen ihres Amtsvorgängers bezüglich einer Drittelfinanzierung der Schulsozialarbeit durch das Land Hessen einzuhalten und entsprechende Finanzmittel in den Landeshaushalten vorzusehen. Die Streichung der Drittelfinanzierung durch das Land Hessen kann erst erfolgen, wenn alle Schulen mit entsprechenden Finanzmitteln ausgestattet wurden um vor Ort zu entscheiden, ob die Finanzen in Projekte der Schulsozialarbeit oder für zusätzliche Lehrkräfte etc. ausgegeben werden.“

Kurzbegründung:

Der weitere Ausbau der Schulsozialarbeit im Kreis Bergstraße ist nur mit einer finanziellen Beteiligung des Landes Hessen möglich. Der vom früheren Staatsminister Banzer vorgeschlagene Weg einer Drittelfinanzierung der Schulsozialarbeit durch das Land Hessen, Schulträger und Kommunen ist in der finanziellen Situation der einzig gangbare Weg um notwendige Schulsozialarbeit an unseren Schulen weiter auszubauen. Durch den Ausbau der Schulsozialarbeit müssen Schülerinnen und Schüler individueller gefördert und Lehrerinnen und Lehrer in ihrer Arbeit unterstützt und entlastet werden.

„7. Der Kreis Bergstraße unterstützt den Erhalt der kleinen Grundschulen im Kreis Bergstraße und fordert das Hessische Kultusministerium auf, die Eigenständigkeit kleiner Grundschulen zu gewährleisten und von einer Anbindung an größere Grundschulen abzusehen.“

Kurzbegründung:

Nur durch einen eigenen Schulleiterbeirat und durch eine eigene Schulleitung ist auf Dauer der Erhalt der kleinen Grundschulen vor Ort gewährleistet. Alle kleineren Grundschulen im Kreis haben sich ein gutes Profil erarbeitet. Eine Anbindung an größere Grundschulen würde das Aus auf Raten bedeuten.